Leitartikel

von Thomas Seifert

Elementarereignisse

„Griechenland wird sofort helfen." So lautete die Botschaft des griechische Regierungschefs Kyriakos Mitsotakis nach dem schweren Erdbeben in der Türkei.
Die Hilfe ist hochwillkommen, denn Griechenland verfügt über erfahrene Rettungskräfte, da auch Hellas immer wieder von starken Beben erschüttert wird. Zwischen Athen und Ankara gibt es seit Jahrzehnten einen Inselstreit in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer, in den vergangenen Monaten hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sogar mit einer Invasion griechischer Inseln gedroht.
1999 konnte „Erdbebendiplomatie" einen Beitrag zur Entspannung der Beziehungen beider Länder leisten: Damals erschütterte ein schweres Beben die Region südlich von Istanbul, 18.373 Menschen verloren ihr Leben, es gab 48.901 Verletzte. Die rasche Hilfe Griechenlands leistete vor 24 Jahren einen wichtigen Beitrag zur Entspannung zwischen beiden Ländern. Vielleicht gelingt Erdbebendiplomatie auch im Jahr 2023. Doch nicht nur Griechenland hat Hilfe zugesagt, aus der gesamten EU gibt es Angebote an Ankara. Denn nun ist ein starkes Zeichen europäischer Solidarität mit den Menschen der Türkei gefragt.
Die Türkei liegt eben nicht nur an plattentektonischen Verwerfungen, sondern auch an geopolitischen Bruchlinien. Politische Rappelköpfe wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan leben von Spaltung und Zwietracht: Aber nach diesem Elementarereignis – bei den jetzt schon klar ist, dass mehr als 1.500 Menschen in der Türkei (und mindestens 800 in Syrien) ihr Leben verloren haben – sind Einigkeit und Zusammenhalt angesagt. Rasche und entschlossene Hilfe setzt dem kantig-demagogischen Narrativ Erdogans eine andere, sanftere, alternative Realität entgegen.

Nach diesem Beben ist Solidarität angesagt.

Dieses wohl stärkste Erdbeben seit 100 Jahren ereignete sich in der Türkei, die 2023 den 100. Jahrestag seit der Staatsgründung feiert.
Für Erdogan ein schicksalhaftes Jahr: Erst vor wenigen Tagen hat der türkische Präsident den Termin für die Präsidentschaftswahlen mit dem 14. Mai festgelegt. Der vernichtende Tremor von Gaziantep rückt alle politischen Turbulenzen der vergangenen Monate zurecht: Erdogans Zündeln in Syrien, den Streit um die Hoheitsgebiete in der Ägäis und die Blockade des Nato-Beitritts Finnlands und Schwedens sind eben das, was sie sind – politische Spielchen eines Populisten, der Feindbilder sucht.
Doch eine bebende Erdkruste eignet sich nicht als Gegner, sondern sie demonstriert, dass es etwas Mächtigeres gibt, als den Menschen – nämlich elementare Naturgewalten. Die Bebenopfer brauchen jetzt rasche und umfassende Hilfe.

leitartikel@wienerzeitung.at

Onkel Xi

Karikatur: „Wiener Zeitung" / Wolfgang Ammer

Zitate zum Tag

„Wir brauchen dringend die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Die Lage ist katastrophal."
Basel Termanini, Vorsitzender der Syrian American Medical Society, über das Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet

„Die Lage in der Türkei und Syrien ist dramatisch, viele Menschen sind noch unter den Trümmern verschüttet. Nach Berichten unserer Kolleginnen und Kollgenen im Einsatzgebiet müssen sich die Hilfstransporte den Weg durch verschneites Gebiet machen, um diejenigen zu retten, die noch unter den Trümmern begraben sind."
Michael Opriesnig, Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes

„Die Einkommensverluste der unteren und mittleren Einkommensschichten scheinen doch größer zu sein, als es in vielen offiziellen Statistiken aufscheint, und daher wird mehr gepfuscht."
Der Ökonom Friedrich Schneider hat einen 10-prozentigen Anstieg bei der Schattenwirtschaft berechnet

„Es gibt Kriege, die wichtiger scheinen, weil sie mehr Lärm machen. Aber die ganze Welt ist im Krieg und in der Selbstzerstörung."
Papst Franziskus mahnt, dass neben der Ukraine auch andere Länder unter Krieg leiden

„Je rauer das geopolitische Umfeld, desto wichtiger der transatlantische Zusammenhalt. Mein Besuch dient genau dazu: Er macht den Transatlantik wieder ein Stück kleiner, in politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Hinsicht."
Außenminister Alexander Schallenberg vor seiner Reise nach Washington

„Eine erhöhte Bereitschaft zum Verzicht würde mangelndes Wissen kompensieren."
Lawinenexperte Patrick Nairz appelliert an Wintersportler, gefährliche Touren zu meiden

„Ich versuche, nicht zu emotional zu sein. Ich versuche, diese Nacht einfach anzunehmen."
US-Sängerin Beyoncé erreicht mit 32 Grammy-Awards einen neuen Rekord

Europas immer noch unvollendeter Binnenmarkt

Gastkommentar

von Christian Mandl

Der Autor ist seit 2001 Abteilungsleiter in der WKÖ („Europapolitik").

Eine Langfassung dieses Textes ist als Policy Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik erschienen: www.oegfe.at/policy-briefs.

Der seit 30 Jahren existierende Europäische Binnenmarkt mit etwa 450 Millionen Einwohnern hat das tägliche Leben der Bürger und Unternehmen stark vereinfacht. 56 Millionen zusätzliche Jobs wurden geschaffen. Für die heimische Wirtschaft war der gleichberechtigte Zugang zum Binnenmarkt besonders wichtig. Seit Österreichs EU-Beitritt (1995) stiegen die Exporte in die anderen EU-Staaten von damals 33 Milliarden auf 112 Milliarden Euro im Jahr 2021 (bei weltweiten Exporten von 166 Milliarden Euro). Die Exportquote (Waren- und Dienstleistungen) stieg von 33,6 Prozent (1995) auf 55,9 Prozent (2021) und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Der Außenhandel der 63.000 österreichischen Exportbetriebe ist ein überaus wichtiger Wirtschaftsfaktor und Konjunkturmotor. Jede Euro-Milliarde an Exportvolumen sichert mehr als 10.000 Arbeitsplätze, fast jeder zweite ist direkt oder indirekt vom Export abhängig.
Die EU-Kommission hat die Kosten der Bürokratie an der Grenze vor dem Binnenmarkt mit 2 bis 5 Prozent des Warenwerts kalkuliert. Da 70 Prozent der Exporte (112 Milliarden Euro) auf die anderen EU-Staaten entfallen, ersparen sich heimische Unternehmen im EU-Export heute bereits rund 2,2 bis 5,5 Milliarden Euro jährlich. Viele Aufträge kämen nicht zustande, stünde Österreich noch außerhalb der EU. Dazu kämen technische Handelshemmnisse, Steuerschranken etc. – Hindernisse, die Großbritannien seit dem Brexit hat.

Die Krise macht die Vorteile von einer der größten Errungenschaften der EU sichtbar.

Je stärker mittelständische Industrie, Zulieferer und Exportbranchen in einer Region verankert sind, desto höher sind in der Regel auch die Einkommensgewinne – Voraussetzungen, die auf Österreich zutreffen. So zählt Österreich neben Luxemburg, Irland, Belgien und den Niederlanden zu den Top-Profiteuren. In Österreich wiederum schneiden Vorarlberg, Salzburg, Tirol, Wien und Oberösterreich überdurchschnittlich gut ab.
Die Corona-Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine haben bei manchen EU-Ländern protektionistische Tendenzen geweckt. Medizinische Produkte für andere EU-Staaten wurden zurückgehalten, Dienstleistungserbringer und Arbeitnehmer konnten aufgrund geschlossener Grenzen nicht mehr jenseits dieser arbeiten. Extreme Preissteigerungen und Knappheit von Gütern lieferten den Vorwand, den Export – auch innerhalb der EU – zu beschränken, dem eigenen Staat Vorkaufsrechte einzuräumen oder zumindest Genehmigungspflichten einzuführen.
Die größten Hindernisse für grenzüberschreitende Tätigkeiten sind Einschränkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs, unterschiedliche Steuersysteme, Probleme bei der Arbeitnehmerentsendung, mangelhafte Umsetzung oder Umgehung europäischer Vorschriften, zunehmender Protektionismus und diskriminierende Maßnahmen gegenüber Investoren aus anderen EU-Staaten. Vertragsverletzungsverfahren dauern durchschnittlich 37,3 Monate. Die EU-Kommission sollte deshalb den Fokus auf eine einheitliche Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung der bestehenden Vorschriften und eine Straffung des Vertragsverletzungsverfahrens legen.

gastkommentar@wienerzeitung.at